bzw. -regierung Sachsen stützen. Des weiteren zieht er Bestände des Stadtarchivs Plauen heran, ohne jedoch eine nachvollziehbare Begründung für diese willkürlich anmutende Auswahl zu geben.

Nach einer vorangestellten Profilskizze der Industrielandschaft vor 1939 unterzieht der Autor die Wirtschaftsentwicklung Sachsens während der Jahre 1945 bis 1949/50 einer quantitativen Analyse. Dabei fokussiert er auf die Industrie, die er nach den einzelnen Branchen aufschlüsselt. Handwerk und Finanzdienstleister bleiben unberücksichtigt, ebenso der öffentliche Dienst. Des weiteren verfolgt Hackenberg die Entwicklung des Außenhandels, welcher für das exportorientierte Sachsen einen hohen Stellenwert besaß. Zuletzt untersucht er die Versorgungslage der Bevölkerung während des genannten Zeitraums, eine für die Akzeptanz der Besatzungsmacht und der sich etablierenden sozialistischen Herrschaft entscheidende Größe.

Im Anschluß an diesen ausschließlich deskriptiven Teil diskutiert Hackenberg mögliche Hemmnisse beim ökonomischen Wiederaufbau, als da wären Kriegszerstörungen bei Produktionstätten und Infrastruktur, Reparationsleistungen sowie Rohstoff-, Ersatzteil- und Arbeitskräftemangel. Erfreulicherweise beläßt es Hackenberg nicht allein bei einer Nennung der Negativfaktoren für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, diese sind hinreichend bekannt, sondern er gewichtet sie hinsichtlich ihrer konkreten ökonomischen Wirkungen. Beispielsweise erkennt der Autor im Mangel an Rohstoffen und Halbfertigerzeugnissen, hervorgerufen durch Handelsengpässe, das Grundübel für die Entwicklungsdefizite. Freilich steht er mit seiner – wenig überzeugenden – These, die Transportschwierigkeiten hätten die sächsische Industrie zu keinem Zeitpunkt nachhaltig behindert, im Gegensatz zum wissenschaftlichen main stream und zu den einschlägigen Quellen.

Gegen Hackenbergs Arbeit lassen sich zwei grundsätzliche Einwände erheben. Zum einen erscheint sein Ansatz, sich ausschließlich auf volkswirtschaftliche Daten zu stützen und den institutionellen Rahmen weitestgehend unberücksichtigt zu lassen, wenig geeignet, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Sachsen hinreichend zu analysieren. Dieses konzeptionelle Defizit überrascht angesichts der überzeugenden Modelle, die insbesondere die Neue Institutionenökonomik zur Verfügung stellt. Doch selbst wenn man Hackenbergs Konzeption akzeptiert, muß doch seine ungenügende Quellenkritik moniert werden. Zwar argumentiert er zu Recht, daß das nur intern verwandte statistische Material den politischen Akteuren als Entscheidungsgrundlage diente und somit nicht für Propagandazwecke manipuliert worden war. Aber die für sein Erkenntnisanliegen viel wichtigere Frage, in welchem Maße die Zahlen den tatsächlichen Stand der sächsischen Wirtschaft wiedergeben, reflektiert Hackenberg nur ansatzweise. Innere Widersprüchlichkeiten des Zahlenmaterials, wie sie andere Autoren belegen, vermag er nur wenige zu erkennen und die nachgewiesenermaßen fragwürdigen ökonometrischen Erhebungsmethoden erwecken bei ihm keine Zweifel an der Aussagekraft des Materials.

Dresden Peter E. Fäßler

Quellen zur Geschichte Thüringens 1945–1952, hrsg. v. Jürgen JOHN, Halbbde. I u. II. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1999. 527 S.

Neben einer beträchtlichen Zahl neuerer Forschungsarbeiten zur Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR, die vom nunmehr beinahe unbeschränkten Zugang zu den einschlägigen Archivalien deutscher Provenienz profitie-

ren, wurde mittlerweile auch begonnen, wichtige, zumeist bislang ungedruckte Quellen zu dieser Periode in Form von Editionen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Allerdings handelt es sich bei dem publizierten Material zumeist um Unterlagen zentraler Partei- und Staatsinstitutionen, die außerdem hinsichtlich der jeweiligen editorischen Qualität recht unterschiedlich zu beurteilen sind.[1] Immerhin kann jedoch die im vorliegenden Zusammenhang wichtigste ältere, aus der DDR stammende, nicht in jeder Beziehung zuverlässige und ausgesprochen selektive Quellensammlung[2] als zum großen Teil ersetzt gelten. Wer sich jedoch auf die Suche nach zeitgenössischen Informationen zur Entwicklung und Rolle der Länder der SBZ/DDR machte, war bislang – von vereinzelten Ausnahmen abgesehen[3] – auf den Archivbesuch angewiesen. Umso begrüßenswerter ist die vorliegende Sammlung, die – herausgegeben von dem Jenaer Regionalhistoriker Jürgen John – den Mangel an gedruckten Quellen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit wenigstens bezogen auf Thüringen wesentlich lindert.

Mit Recht stellt also der Herausgeber im Vorwort fest, es handele sich um „die erste, inhaltlich weitergreifende Quellenedition für eines der Länder der früheren sowjetischen Besatzungszone" (S. 22). Zwar reicht das zeitliche Spektrum der ausgewählten Dokumente bis zur formellen Beseitigung der Länder in der DDR im Jahre 1952, gleichwohl ist dem Herausgeber auch darin zuzustimmen, daß die Entwicklungsphase von 1945 bis Ende 1947 in Anbetracht der noch relativ großen Eigenständigkeit der Länder die interessanteste ist. Dementsprechend stammt die Masse des edierten, chronologisch angeordneten Materials auch aus diesem Zeitraum (103 der insgesamt 147 Dokumente). Thüringen nimmt zudem eine gewisse Sonderstellung ein,

---

[1] Vgl. Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/46. 5 Bde., hrsg. v. Günter BENSER u. Hans-Joachim KRUSCH, München, New Providence, London, Paris 1993 ff.; „Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung für Nachkriegsdeutschland, hrsg. v. Peter ERLER, Horst LAUDE u. Manfred WILKE, Berlin 1994; Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, hrsg. v. Thomas FRIEDRICH, Christa HÜBNER, Herbert MAYER u. Kerstin WOLF. Berlin 1995; Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948. Dokumente und Materialien, hrsg. v. Ruth-Kristin RÖSSLER, Goldbach 1994; Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, hrsg. v. Rolf BADSTÜBNER u. Wilfried LOTH, Berlin 1994. Nicht unerwähnt sollten die Editionen bleiben, die in Übersetzung Akten aus der ehemaligen Sowjetunion präsentieren: Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, hrsg. v. Bernd BONWETSCH, Gennadij BORDJUGOV und Norman N. NAIMARK. (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20), Bonn 1998; Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, hrsg. v. Sergej MIRONENKO, Lutz NIETHAMMER und Alexander VON PLATO in Verbindung mit Volkhard KNIGGE und Günter MORSCH, Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingeleitet u. bearbeitet v. Ralf POSSEKEL, Berlin 1998.

[2] Vgl. Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin [Ost] 1968.

[3] Vgl. Rainer KARLSCH, Das „Selbmann-Memorandum" vom Mai 1947. Fritz Selbmann und die Reparationslasten der sächsischen Industrie, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 35 (1993), S. 88–125; Ulrich MÄHLERT, „Im Interesse unserer Sache würde ich empfehlen ..." Fritz Große über die Lage in Sachsen, Sommer 1946, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996, S. 214-245; Winfrid HALDER, Demontagen in Sachsen 1945/46. Ein Schlüsseldokument zu Kenntnisstand und Reaktionen der KPD, in: NASG 70 (1999), S. 173–203.

da es zu den Regionen der späteren SBZ zählte, welche am Ende des Krieges zunächst von US-amerikanischen Truppen besetzt wurden – also unmittelbarer Gegenstand konkurrierender besatzungspolitischer Konzepte waren. Berücksichtigt wurden Quellen ganz unterschiedlicher Herkunft (staatliche Verwaltung, Parteien, Betriebe u. a.), die sich auf beinahe alle Politikbereiche beziehen (Eingriffe in die Wirtschaft, soziale Fragen, Reorganisation der Verwaltung, Entnazifizierung, Kultur u. a.) und die mit einem allerdings sparsam gehaltenen Anmerkungsapparat versehen wurden.

Der eigentlichen Quellensammlung ist im ersten Halbband eine vom Herausgeber verfaßte Einführung vorangestellt (S. 25–70). Diese versucht zum einen die weiteren deutschlandpolitischen Rahmenbedingungen zu beleuchten und skizziert zum anderen die politische Entwicklung in Thüringen im engeren Sinne. Sie hat zwar einigen Informationswert, läßt aber zum Teil deutlich pointierte Aussagen vor allem zur von Besatzungsmacht und KPD/SED gemeinsam unternommenen Unterdrückung demokratischer Ansätze auch in Thüringen vermissen. Mag sein, daß der kommunistische Alt-Funktionär und SED-Landeschef Werner Eggerath „kein Scharfmacher" (S. 67) war – doch im Vergleich zu wem war er dies nicht? Zu Walter Ulbricht etwa, der bereits unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Moskauer Exil im Mai 1945 die für alle Genossen bei der Neubesetzung der Verwaltungen in der SBZ gültige Parole ausgegeben hatte, es müsse „demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben"[4]? Bezeichnend genug ist ja die – in der Einführung durchaus erwähnte und später mit einigen Dokumenten (2. Halbbd., Nr. 100, S. 372 ff.) illustrierte – Flucht des thüringischen Ministerpräsidenten Rudolf Paul im Oktober 1947 in die Westzonen. Paul hatte als ehemaliger Angehöriger der liberalen DDP zeitweise der Illusion unterlegen, auch in und mit der SED könne eine echte parlamentarische Demokratie aufgebaut werden. Eggerath jedenfalls, der Paul als Ministerpräsident folgte, war der Drahtzieher vor Ort, als zwischen 1947 und 1950 außer seinem Amtsvorgänger noch drei weitere thüringische Landesminister aus CDU und LPD und etliche andere hochrangige Regierungsvertreter vor dem auf sie ausgeübten Druck flohen.[5] Auch der stets unangepaßte und „reaktionärer Tendenzen" gewiß unverdächtige Theodor Plievier, der in Thüringen zeitweilig dem Kulturbund vorstand, war Zeuge der systematischen Unterdrückung demokratischer Ansätze im Lande und hat diese nach seiner eigenen Flucht in die Schweiz eindrucksvoll literarisch verarbeitet[6] – eine nicht zuletzt für Historiker noch immer lohnende Ergänzungslektüre. Ferner kommt die vor allem in ihrer ersten Phase in der Durchführung rigorose und in den Konsequenzen desaströse Demontage- und Reparationspraxis der Besatzungsmacht nach Auffassung des Rezensenten zu gut weg, wenn diese angeblich bemüht war, „wirtschaftlichen Wiederaufbau, Reparationen und Demontagen in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen" (S. 37). Zu fragen ist hier wieder, wessen Vernunft als Maßstab dient – sofern man nicht unterstellt, daß in Thüringen von der Sowjetunion ganz anders vorgegangen wurde als zeitgleich im direkten Nachbarland Sachsen, wo das Entsetzen über die Härte des Vorgehens der „Freunde" bis in die Reihen der KPD/SED reichte.[7] Schließlich ist anzumerken, daß es gerade für die zweifellos notgedrungen knapp gehaltene Einführung wünschenswert gewesen wäre, sie mit Anmerkungen zu versehen, um so den Zugang zu weiterführender Lite-

---

[4] Vgl. Wolfgang LEONHARD, Die Revolution entläßt ihre Kinder, [5. Aufl.], Köln 1992, S. 440.

[5] Vgl. Peter WIDMANN, Thüringen, in: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch, hrsg. von Wolfgang BENZ, Berlin 1999, S. 423 ff.

[6] Vgl. Theodor PLIEVIER, Berlin, Lizenzausgabe, Augsburg 1998 [zuerst 1954], S. 476 ff.

[7] Vgl. HALDER, Demontagen in Sachsen, S. 173 ff.

ratur zu erleichtern. Auch die Nutzung der höchst brauchbaren Auswahlbibliographie am Ende des zweiten Halbbandes (S. 515 ff.) wäre damit gezielter möglich – zumal zu erwarten ist, daß eine derartige Publikation besonders in nicht-fachwissenschaftliche Kreise Eingang findet.

Der unbestrittene und abschließend noch einmal mit Nachdruck hervorzuhebende Wert der vorliegenden Sammlung liegt jedoch darin, daß sie tatsächlich erstmals solche Originalquellen zur frühen Nachkriegszeit leicht greifbar macht, die bislang meist nur in Archiven eingesehen werden konnten. Damit wird die Edition zu einem wichtigen Hilfsmittel nicht zuletzt für den schulischen und den universitären Unterricht. Es bleibt zu hoffen, daß in Kürze ähnlich nützliche Editionen für die anderen Länder der SBZ/DDR erscheinen.

Dresden Winfrid Halder

Manfred Wilde, Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg. Herbert Utz Verlag, München 1998. 581 S.

Kann man eine Arbeit über die Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) in der sowjetisch besetzten Zone schreiben, ohne die einschlägigen Quellen der SED aus dieser Zeit zu Rate zu ziehen? Manfred Wilde hat dies in der hier anzuzeigenden Arbeit versucht.

Gegenstand der an der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität entstandenen Dissertation ist die Geschichte der CDUD in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1947. Der Autor markiert die zeitliche Dimension seiner Arbeit zwischen Kriegsende und kaltem Krieg. Er behandelt somit die Geschichte der CDUD von ihrer Gründung im Juni 1945 bis zur Absetzung von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) im Dezember 1947. Wilde folgt damit der klassischen Periodisierung, die im Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz auch das endgültige Ende einer gemeinsamen alliierten Deutschlandpolitik sieht. Zweifellos mußte dies erhebliche Auswirkungen auf die CDUD in der SBZ haben. Die Zeit für die von Jakob Kaiser propagierte Politik des Christlichen Sozialismus, vor allem aber für seine Vorstellung von einem Deutschland als Brücke zwischen Ost und West war nun aus Sicht der sowjetischen Besatzer unwiderruflich zu Ende. Das konsequente Beharren Kaisers auf „Eigenständigkeit" seiner Partei und die Ablehnung einer Beteiligung der Union am Deutschen Volkskongreß führten schließlich zur Absetzung der CDUD-Führung.

Die zum Teil dramatischen Entwicklungen dieser frühen Jahre in der Geschichte der CDUD unterteilt Wilde in vier unterschiedlich große Abschnitte: Die SBZ-CDU – Gründung und Aufbau (Teil 1), Die SBZ-CDU – Blockpolitik und Wahlen (Teil 2), Die SBZ-CDU in der innerzonalen Auseinandersetzung mit SMAD und KPD/SED (Teil 3) und schließlich die SBZ-CDU und die Einheit Deutschlands (Teil 4).

Die von Wilde herangezogene Quellenbasis ist zwar recht breit, doch spiegelt sie nicht den gegenwärtigen Stand der Forschungsmöglichkeiten wider. Als wesentliches Quellenfundament verwendet der Autor zwar zahlreiche Nachlässe aus dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin, jedoch wird der Zentrale Bestand des Archivs der Ost-CDU, der nach der Wende 1989/90 ebenfalls in das ACDP gelangte, kaum ausgewertet. Gleiches gilt für die zu diesem Bestand gehörenden umfangreichen Akten der Landesverbände 1945 bis 1952. Wilde verzichtet auch darauf, die Akten des Zentralen Parteiarchivs der SED – heute in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im